

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboler 1.90 Mark. - Durch die Volk bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - Vollstreckkonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. - Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10 Gelpalt, Kolonelle 35 Pfa., bei Vorratsdruck 40 Pfa. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Verlobten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mt. Inlerate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfa. bei Vorratsdruck 50 Pfa., Reklamezeile 2, 25 Mt.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Die Lohmanngeschäfte in Spanien

Das Reichsmarineamt soll 20 Millionen zahlen

Canaris

Der Geheimagent des Phöbuskonzerns

Die Verfechtungen des Kapitäns Lohmann haben in der vergangenen Woche in Berlin zu einem Ereignis geführt, das zeigt, daß die geheimen Taten dieses Marineoffiziers bisher in keiner Weise in ihrem wahren Umfange der Öffentlichkeit bekanntgeworden sind. Es ist etwas eingetreten, das in seinem Kern die Möglichkeit europäischer Verwicklungen in sich trägt. Wie es sich jetzt erst herausgestellt hat, und wir sind in der Lage, es zum erstenmal mitteilen zu können, hat das Reichsmarineamt auf dem Umweg über die Seeverkehrsanstalt „Severa“ (ebenfalls eine Lohmanngründung) bei der ausländischen Rüstungsindustrie, und zwar hauptsächlich bei der schwedischen und englischen, Materialien und allerhand Dinge bestellt, die einen Rechnungswert von zwanzig Millionen Mark haben. Diese Rechnung ist in der vergangenen Woche unter den *Journalisten* im Umfange dem Reichsmarineamt zur Bezahlung vorgelegt worden. Dieses Amt, und zwar in seinem Auftrag der Kapitän *S. Lohmann*, hat die Beauftragten auf eine spätere Zusammenkunft vertröftet. Diese Zusammenkunft hat jedoch nicht stattgefunden und das Deutsche Reich wird jetzt im Ausland auf zwanzig Millionen Mark verlagert werden. Der Reichswehrminister Groener ist bisher von diesen Vorgängen nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Die Vorgeschichte dieses für die deutschen Steuerzahler so überaus bedauerlichen Vorganges beginnt schon mit dem Wirken des Korvettenkapitäns *S. Canaris*, als dieser noch Leiter der sogenannten Seetransportabteilung war, jener so überaus geheimnisvollen Einrichtung im Reichsmarineamt, die im In- und im Auslande die mannigfaltigsten Fäden geknüpft hat. Diese Fäden liefen alle in der Hand jenes Herrn Canaris zusammen, der ja auch im Grunde der eigentliche Drahtzieher der Lohmann-Phöbusaffäre war.

Herr Canaris hat es verstanden, mit dem Gelde des Reichsmarineamts in Spanien eine Fluggesellschaft zu gründen und an deren Spitze seinen eigenen Bruder zu setzen.

Diese Gesellschaft, die sich um das Monopol im spanischen Luftverkehr bemüht, steht in stärkster Konkurrenz zu einer andern spanischen Luftgesellschaft, die, man höre und laune, ebenfalls mit deutschem Gelde, nämlich vom Reichsverkehrsministerium und weiterhin sogar vom Reichswehrministerium finanziert worden ist. Ein wahrhaft merkwürdiges Verschleudern von Staatsgeldern im Ausland zu zunächst nicht ersichtbaren Zielen. Es ergibt sich das schreckliche Bild, daß das Reichswehrministerium nicht nur einer andern deutschen Behörde dem Reichsverkehrsministerium, sondern sogar dem eigenen Vorgesetzten, dem Wehrministerium, Konkurrenz macht. Und dieser Konkurrenzkampf wird aus dem Beutel des deutschen Steuerzahlers geführt und es ist noch nicht einmal möglich, den armen stets zahlenden Massen zu sagen, was Herr Canaris mit diesen Vorgängen in Spanien wirklich bezweckt. Derjenige nämlich, der dieses Unterfangen auf sich nehmen würde, würde bestimmt in die Hände des

Herrn Oberreichsanwalts geraten, während der, der all diese Dinge zum Schaden der deutschen Kasse und des deutschen Ansehens im Auslande in die Wege geleitet hat, nämlich jener schon genannte Herr Canaris und mit ihm die gesamten Offiziere des Reichswehrministeriums, soweit sie an diesen Dingen beteiligt sind, erfahrungs-gemäß frei ausgehen würden.

Der Hauptlieferant für diese spanischen Interessen war eine Firma, mit der Herr Lohmann in engster persönlicher Verbindung gestanden hat und die ihren Wohnsitz in Schweden hat.

Es handelt sich um die „Actiebolaget for Flightindustrie“ in Lindham in Schweden.

Hauptsächlich mit dieser Firma, aber auch mit einigen englischen, hat das Reichsmarineamt Verträge zur Lieferung von allen möglichen Dingen geschlossen. Diese Verträge sind teils schon erfüllt, zum Teil laufen sie noch, und wie wir schon sagten, beträgt das ganze Objekt die Summe von 20 Millionen Mark.

Als Herr Lohmann von der Bildfläche verschwand, ging auch Herr Canaris auf Reisen, er ist augenblicklich aus unbekanntem Zwecke in Südamerika, wohin er sich allen unangenehmen Konsequenzen seiner Handlungsweise zunächst einmal entzogen hat. Er hätte aber bis kurz vor seiner Abreise einen Geheimagenten beschäftigt, der zwischen Spanien und Schweden hin und her fuhr, und die geheimen Geschäfte der Lohmann und Genossen besorgte. Dieser Geheimagent ist niemand anders als der Mann, der etwas verunglückten Ozeanfliegerin und Schauspielerin *Dillena*, der früher österreichischer Offizier war und jetzt ohne Existenz ist. In diesen Herrn *Dillena* wandte sich die schwedische Flugindustrie, die „Severa“, der auch weder Geld noch Flugzeuge nach dem Verschwinden der Herren Lohmann und Genossen zufließen. Man beschloß, die weitere Lieferung aus den abgeschlossenen Verträgen zu erzwingen, und so erschien in der vergangenen Woche im Reichsmarineamt der Herr *Dillena* mit einem englischen Rechtsanwalt und drang bei dem Kapitän *Lohmann* auf die Erfüllung der Verträge. Es wurde zunächst Zahlung für die schon gelieferten Materialien und weiterhin Anerkennung der Zahlungspflichtigkeit des Reichsmarineamtes für die Lohmann-Verträge gefordert. Es gab einen furchtbaren Kampf. Um derartig große Summen tatsächlich bezahlen zu können, hätte man sich an den Minister *Groener* wenden müssen, was man wiederum nicht wagte. Man vertröftete die Unterhändler, ursprünglich wollte man Herrn *Dillena* sogar verhaften lassen, aber die beiden kamen nicht wieder, sondern der Anwalt fuhr in sein Heimatland zurück und bereitet nunmehr die Klage gegen das Deutsche Reich vor.

Eins ist aber noch wichtig und interessant. Wer ist eigentlich diese Actiebolaget for Flightindustrie, die jetzt auf Erfüllung jener in moralischem sowohl als auch in rechtlichem Sinne unbilligen Verträge dringt? Wir sind in der Lage, es verraten zu können und damit das ganze Gebaren der großkapitalistischen Rüstungsindustriellen kennzeichnen zu können: Diese Gesellschaft ist nichts weiter wie eine geheime Gründung der Junkerwerke, die dem Professor *Junkers* persönlich gehört.

Was nun?

„Freige und lächelt wäre es, sich jetzt noch irgend etwas vorzumachen. Wir haben eine schmerzliche Schlappe erlitten, und es ist ein magerer Trost, daß die Niederlage noch schwerer hätte sein können.“
Deutsche Zeitung.

So schreibt das Organ der deutschnationalen Ultras, des äußersten rechten Flügels der deutschen Reaktion. Das Organ des Oberfinanzrats Dr. Bang, des in Ostpreußen gewählten deutschnationalen Antisemiten, erkennt also die Niederlage der Rechten rückhaltlos an. Der Bürgerblock wurde so zusammengeschnitten, daß, wie wir schon gestern dargestellt, selbst die bürgerliche Presse die Hoffnung auf seine Wiederkehr aufgegeben hat. Damit erhebt die Frage: Was nun?

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind heute bereits bestrebt, die Niederlage des Bürgerblocks zu verkleinern. Nichtsdestoweniger ist die übrige völksparteiliche Presse im Bunde mit der des Zentrums und vor allem die demokratische Presse Berlins bestrebt, die neue Regierung in ihren Grundzügen bereits zu umreißen. Die Kölnische Zeitung erklärt, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß im Reiche die Sozialdemokratie als die stärkste Partei das Recht erhalte, den Reichskanzler zu bestellen. Dem Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wird von maßgeblicher völksparteilicher Seite mitgeteilt, daß sich die Volkspartei zu Verhandlungen über die Große Koalition bereit erklärt.

Wie hat sich die Verteilung der politischen Machtverhältnisse im Reichstage durch die Entscheidung vom 20. Mai herausgestellt? Der Bürgerblock verfügt, wie schon gestern mitgeteilt worden ist, über eine Mandatsziffer von 213. Diese setzt sich zusammen wie folgt:

Deutschnationale	73
Landbund	5
Christliche Bayern	13
Zentrum	61
Volkspartei	44
Bayrische Volkspartei	17
Zusammen	213

Der Reichstag besteht aus 489 Abgeordneten. Die für eine Regierungskoalition erforderliche absolute Mehrheit muß daher 245 Abgeordnete im Minimum umfassen. Rechnet man zu den 213 Mitgliedern des bisherigen Bürgerblocks die Wirtschaftspartei, dann ergeben sich 236. Demzufolge müßte der Bürgerblock, sollte er neu ins Leben gerufen werden, eine weitere Verbreiterung entweder nach rechts, bis zu den Nationalsozialisten, oder aber nach links bis zu den Demokraten erfahren. Die Nationalsozialisten werden niemals ein Bündnis mit Stresemann schließen wollen und auch nicht schließen können, und ob die Demokraten nach ihrer neuerlichen Niederlage das Bestreben haben, mit den deutschnationalen zusammenzugehen, ist zweifellos mehr als eine Unwahrscheinlichkeit.

Demzufolge bleiben als weitere Kombinationen die Große Koalition oder die Weimarer Koalition. Die Weimarer Koalition war das vor allem von Dr. Wirth erstrebte Ziel des 20. Mai. Sie würde über folgende Mandate verfügen:

Sozialdemokraten	152
Zentrum	61
Demokraten	25
Zusammen	238

Die Mandatsziffer der Zentrumspartei hat sich um einen Sitz verringert, da bei den vorläufigen Zusammenstellungen der Abgeordnete Bayerischer Pfalz dem Zentrum zugerechnet worden ist. Er gehört aber zur Bayerischen Volkspartei, so daß sich im Lager der Rechten die Verschiebung um einen Sitz ergibt. Wie an anderer Stelle berichtet wird, können unter Umständen die Sozialdemokraten noch ein 153. Mandat erlangen, so daß im Maximum 239 Sitze für die Weimarer Koalition in Frage kämen. Danach fehlen einer solchen Mehrheit im Reichsparlament 7, eventuell 6 Mandate, so daß mit Hinzuziehung entweder der Bayerischen Volkspartei — 17 Sitze — oder den republikanischen Bayern in Bayern und Württemberg — 8 Sitze — gerechnet werden müßte. Daß die Bayerische Volkspartei einer Weimarer Koalition beitreten würde, ist schwerlich anzunehmen. Die Bayerische Volkspartei ist die Basis des bayrischen Kabinetts, das den schärfsten Kampf gegen die Weimarer Koalition in Preußen ausgefochten hat. Selbst aber angenommen, die Bayerische Volkspartei wäre geneigt, einer Weimarer Koalition beizutreten, dann scheitert sie an dem Widerstand der Demokraten und der Zentrumspartei, trotz ihrer Reichsbannerideologie, weil in dem Kabinett der Weimarer Koalition die Sozialdemokratische Partei mit ihren 152 Sitzen eine alles beherrschende Position einnehmen müßte.

Demzufolge bliebe auf Grund der parlamentarischen Kritikmetik die Große Koalition. Sie würde wie folgt zusammengesetzt:

Sozialdemokraten	152
Zentrum	61
Deutsche Volkspartei	44
Demokraten	25
Bayrische Volkspartei	17
Zusammen	299

Wahrscheinlich 153!

Das Ergebnis von Potsdam I

Der Vorwärts schreibt:

Jetzt liegt endlich das vollständige Ergebnis aus dem Wahlkreis Potsdam I (Niederbarnim) vor, nachdem die bisher fehlenden Endziffern aus Reinickendorf amtlich festgestellt worden sind. Danach stellt sich das Verhältnis der Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten	341 314	(275 436)
Deutschnationale	224 135	(284 814)
Zentrum	21 367	(22 555)
Deutsche Volkspartei	64 752	(71 100)
Kommunisten	168 096	(189 837)
Demokraten	50 489	(56 847)
Einige Kommunisten	3 811	—
Reichspartei für den Mittelstand	49 716	(43 823)
Nationalsozialisten	16 283	(25 751)
Völkisch-nationaler Block	15 447	—

Durch die Hinzurechnung der verspätet eingegangenen Wahlziffern von Reinickendorf erhöht sich die Stimmenzahl unserer Partei im Wahlkreis Potsdam I von 316 000 auf 341 000 und durch Hinzuzählung der Reststimmen aus dem Wahlkreis Frankfurt-Ober-entfällt daher auf unsere Liste das letzte Mandat. Dadurch ist der Genosse *Früh* *Schertz* *Jun.* gewählt. Für das Restmandat auf der Reichsliste bleiben dann nur noch 28 000 Stimmen, während im Minimum 30 001 Stimmen dafür erforderlich sind. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß sich unsere Gesamtstimmenzahl im Reiche durch nachträgliche Feststellungen noch um die fehlenden 2000 Stimmen erhöht, so daß nicht 152, sondern 153 Sozialdemokraten gewählt sein werden.

Der Reichsratsausschuß für den Nationalfeiertag. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichsrats stimmte am Dienstag dem preußischen Antrag auf Erhebung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag zu. Die Volksversammlung des Reichsrats dürfte den Antrag nunmehr am Donnerstag endgültig verabschieden. In einer seiner ersten Sitzungen wird sich dann der neue Reichstag mit der Frage zu befassen haben.

Der Bürgerblock nach dem 20. Mai



Verlassen - verlassen - verla-a-ße-en bi-in ih